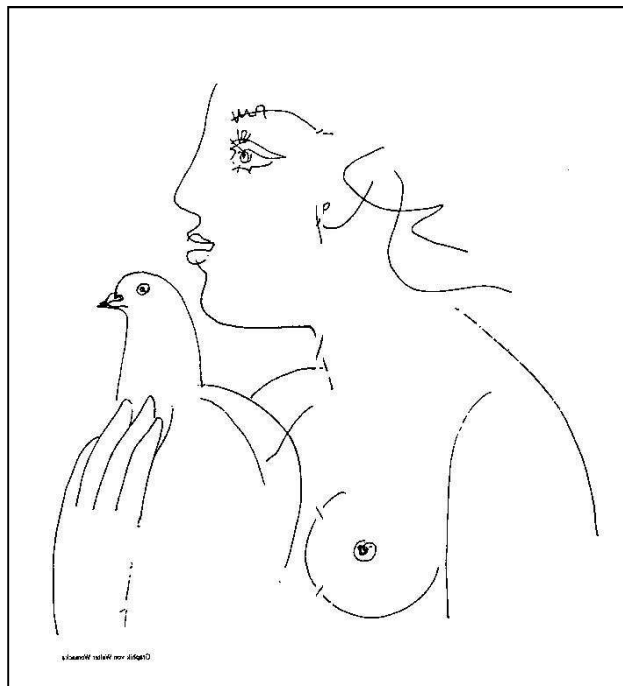


Nr. 164



## **Ukraine-Konflikt gefährdet Frieden**

von

**Prof. Dr. Georg Grasnick**

Redaktionsschluss: 10April 2015

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Wer die Wahrheit über die Ursachen des Ukraine-Konflikts wissen will, für den empfiehlt es sich, zumindest zwei Aussagen über die geostrategische Zielsetzung der USA in Eurasien zu kennen.

Die erste stammt von dem US-Präsidentenberater Brzezinski, einem aktiven Strategen und Mitgestalter des Kalten Krieges sowohl gegen die Sowjetunion als auch, nach deren Ende, der Fortsetzung des Kalten Krieges gegen das postsowjetische Russland. 1997, also wenige Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, formulierte Brzezinski den strategischen Ausblick für das Vordringen des US-Imperialismus bis nach Zentralasien. Er wurde wesentlicher Inhalt der Politik der US-Administrationen.

Hier zwei Aussagen aus seinem Buch „Die einzige Weltmacht“:

„ „Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ (1)

Brzezinski lenkte die Aufmerksamkeit der Administration und des Pentagon u.a. auf die Schlüsselrolle der Ukraine: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“ (2) Und Brzezinski schlussfolgernd: „Irgendwann zwischen 2005 und 2015 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein...“ (3)

Die zweite Aussage über die Ursachen des Ukraine-Konflikts stammt von Obama, der - wie seine Vorgänger - den Anspruch der USA wiederholt: „Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer.“ (4) Offenbar entwickelte Obama den Ehrgeiz, die Ukraine bis spätestens 2015 „für ernsthafte Verhandlungen“ zur Eingliederung in den westlichen Machtbereich „bereit“ zu machen.

## **Jahrzehntelanges Ringen**

Russland und die Ukraine sind durch eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Noch bis zum Ukra-

---

1 Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Belz Quadriga Verlag 1997, S. 57

2 ebenda, S. 74

3 ebenda, S. 127

4 Spiegel online, 20. Mai 2014

ine - Konflikt wies der wirtschaftliche Austausch eine enge Verflechtung beider Staaten auf. Auch nach dem Ende der UdSSR und der damit einhergehenden Selbständigkeit der Ukraine war diese Verflechtung bestehen geblieben. Die EU, an den Rohstoffen des Landes interessiert, nannte nun ihre bisherige Osterweiterung „Neue Nachbarschaftspolitik“. Mitte der 1990er Jahre kam ein vorläufiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zustande. Russland schloss mit der Ukraine ein umfangreiches Handelsabkommen ab. Die Ukraine trat einerseits dem Europarat bei und schloss andererseits einen Freundschaftsvertrag mit Russland.

Den USA ging es um den „geopolitischen Dreh- und Angelpunkt“ Ukraine. 2004 wurde – nach geübtem Muster – die „Orange Revolution“ in Kiew inszeniert. „Der Spiegel“, in Kenntnis des Mechanismus solcher „Revolutionen“, charakterisierte den Anschlag in Kiew als Geschäft der „Revolutions GmbH.“ (5) Die dem US-Außenministerium unterstellten „Berater“ von der Nichtregierungsorganisation USAID der „Opposition“ hatten kräftig Beihilfe geleistet. Insgesamt verausgabten die USA bis zum 2014 in Kiew verübten Putsch über fünf Milliarden Dollar. 2008 hatte der damalige russische Präsident Medwedjew eine neue Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok vorgeschlagen. Die EU lehnte ab.

Hatte Kutschma als ukrainischer Präsident eine Brückenpolitik zwischen EU und Russland bevorzugt, so ging sein Nachfolger Juschtschenko entschieden auf Westkurs. Ein Übereinkommen mit EU und NATO gelang allerdings nicht. Sein Nachfolger Janukowitsch erteilte in seiner Antrittsrede Ende Februar 2010 der Westorientierung seines Vorgängers eine Absage. Er erklärte vielmehr, die Ukraine solle zur „Brücke zwischen Ost und West“ werden und als „europäischer blockfreier Staat“ wirken. (6) Jahre des Lavierens begannen. 2011 lag auf dem EU-Ukraine-Gipfel ein EU-Assoziierungs- und Freihandelsabkommen zur Paraphierung vor. Es kam zu keinem Abschluss, da die EU-Zentrale als Bedingung die Freilassung der inhaftierten Timoschenko verlangte. Im gleichen Jahr bildeten Russland, Belorussland und Kirgistan eine Zollunion, die zur Eurasischen Union weiterentwickelt werden sollte. Janukowitsch erklärte seine Bereitschaft, der EU und der Zollunion beitreten zu wollen.

---

5 Der Spiegel, 46/2005

6 Der Spiegel, 48/2014

Ihm ging es offenbar einerseits um den zollfreien russischen Absatzmarkt für ukrainische Industrieanlagen und Gas zum „Freundschaftspreis“ und andererseits um westliche Investitionen zur Modernisierung der Industrie. Der damalige EU-Kommissionspräsident Barroso wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Eine Mitgliedschaft in beiden sei unvereinbar. Ende Februar 2013 schlug Russland der EU „Verhandlungen zwischen der EU und der Eurasischen Union vor, sozusagen von Unions- zu Unionszentrum. Doch Barroso weigerte sich, die Führung der Eurasischen Union zu treffen. Er verstand die Gemeinschaft als Konkurrenz-Organisation“, vermerkt „Der Spiegel“. (7) Die langjährige Russland-Korrespondentin der ARD, Krone-Schmalz, berichtete: „Russland hat schon vor Monaten Gespräche zwischen Brüssel, Kiew und Moskau angeboten, die damals von EU-Seite schroff als völlig absurd zurück gewiesen wurden. Nach dem Motto: Was hat Moskau damit zu tun, wenn die EU mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet.“ (8) Putin schätzte in seiner „Botschaft an die Föderale Versammlung“ ein: „Über das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU hat es überhaupt keinen Dialog gegeben, das gehe uns nichts an. Volkstümlich gesprochen, hat man uns einfach zum Teufel geschickt. Unsere Argumente, dass Russland und die Ukraine der Freihandelszone der GUS-Staaten angehören, dass wir eine tiefgreifende Kooperation in Industrie und Landwirtschaft und faktisch eine einheitliche Infrastruktur haben, was sich historisch so herausgebildet hat – all das wollte niemand bedenken, ja nicht einmal hören.“ (9) Für den November 2013 war die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine vorgesehen. Zuvor, im Oktober, hatten die Präsidenten Komorowski, Gauck und Napolitano noch einmal auf Janukowitsch eingewirkt. Ende November 2013, auf dem EU-Gipfel im litauischen Vilnius, bat Janukowitsch darum, die Unterschrift unter das vorgelegte Assoziierungsabkommen zu verschieben.

In Kiew, auf dem Maidan, wechselten sofort die Losungen. „Bei der ersten Demonstrationswelle Ende 2013 ging es nicht um die poli-

---

7 Der Spiegel, 48/2014

8 Junge Welt, 6./7. Dezember 2014

9 Junge Welt, 6./7. Dezember 2014

tische oder ideologische Frage West oder Ost, es ging – bei allem Respekt – auch nicht in erster Linie um westliche Werte. Es ging um ein besseres Leben“, schrieb Krone-Schmalz. (10) Doch die Bürger-Proteste gegen Oligarchen-Selbstherrschaft in der Wirtschaft und die sozialen Forderungen wurden von den Agenturen des Westens und von Radikalnationalisten sowie Rechtsextremisten aufgegriffen und kanalisiert. Nach Vilnius wurde auf dem Maidan unter dem immer mehr dominierenden Einfluss rechtsextremer Kräfte der Rücktritt der Regierung und des Präsidenten gefordert. Als die Polizei eine Kundgebung dieser Bewegung auflöste, radikalisierte diese Bewegung. Regierungsgebäude wurden blockiert oder besetzt. Die deutsche Bundeskanzlerin und der NATO-Generalsekretär verlangten von der Regierung in Kiew, die freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungen zu schützen.

## **Regime Change**

Um mit der Ukraine das „Tor für eine schrittweise Demokratisierung“ Russlands a la Brzezinski aufzustoßen, musste Schluss gemacht werden mit dem Hin und Her in der Politik der ukrainischen Eliten zwischen Russland dem traditionellen Partner im Osten und der „vielversprechenden“ Anbindung an den Westen.

Dieser innere Konflikt in der Ukraine schwelt schon lange und hat historische, ökonomische, soziale und politische Wurzeln. In den Plänen des Westens gewann er eine Schlüsselfunktion. USA und BRD nahmen Kurs auf Veränderung der Machtverhältnisse in Kiew. Während es der Obama-Administration um den Aufbau der Ukraine als Frontstaat gegen Russland ging, verfolgte vor allem die deutsche Bundesregierung das Ziel, die EU-Mitgliedschaft endlich durchzusetzen.

Zunächst waren offiziell BRD-Außenminister Steinmeier, seine französischen und polnischen Kollegen Fabius und Sokorski als „Verhandlungsmission“ am Zuge. Begleitet vom russischen Gesandten Lukin, der von Putin beauftragt war, erschienen sie bei Janukowitsch. In ihrem Schlepptau befanden sich „der von der Bundesregierung unterstützte und von der Adenauer Stiftung aufgebaute Klitschko (UDAR-Partei), der seit Jahren eng mit der NATO vernetzte Jazenjuk (Timoschenko-Partei) und als Sprachrohr rechts-

---

10 Krone-Schmalz, Russland verstehen, Verlag C.H. Beck, München 2015, S.18

extremistischer Kräfte Tjagnibok (Swoboda). Sie galten als Vertreter eines 2012 gebildeten „Oppositionsbündnisses.“

Organisatorisch und ideologisch beeinflusste dieses Bündnis – mit seinen westlichen Sponsoren im Rücken – 2013/ 2014 das Geschehen in Kiew. Und es sammelte und mobilisierte ultranationalistische, rechtsradikale und profaschistische Kräfte. „Merkels CDU und die europäische konservative Parteienfamilie EVP“, so „Der Spiegel“, „haben Klitschko auserkoren, das ukrainische Nein (zum EU-Beitritt) von innen aufzuweichen.“ (11) Und die Swoboda-Partei, die enge Kontakte zur NPD unterhält, hatte erklärt, die Ukraine sei „Opfer einer jüdisch-russischen Verschwörung“. Swoboda-Chef Tjagnibok hatte wiederholt zum gewaltsamen Sturz der ukrainischen Regierung aufgerufen.

Im Ergebnis der Begegnung der EU-Vertreter wurde Janukowitsch veranlasst, eine „Vereinbarung“ zu unterschreiben. Sie sah die Bildung einer Übergangsregierung innerhalb von 10 Tagen, eine Verfassungsreform und spätestens bis Dezember vorgezogenen Parlaments- und Präsidentenwahlen vor. Lukin hatte die „Vereinbarung“ nicht unterschrieben. Janukowitsch bezeichnete sie bald darauf als Falle, die man ihm gestellt habe. Steinmeier triumphierte: „Das waren zentrale Forderungen und die haben wir nach harten Verhandlungen – es waren an die 30 Stunden, die wir durchverhandelten – jetzt durchgesetzt. Ich hoffe, dass alle Seiten aus dieser Vereinbarung in den nächsten Tagen Politik machen.“ (12)

Die Europabeauftragte der US-Regierung, Victoria Nuland, kommentierte Steinmeiers Genugtuung über den Erfolg für die EU mit den Worten: „Fuck the EU!“ (13) Die USA-Administration als westliche Führungsmacht verfolgte ja weitergehende geostrategische Ziele. Die Ukraine mit ihrer langen Grenze zu Russland stellte in den NATO-Plänen ein Kernstück weiterer Einkreisungspolitik des Interventionsbündnisses dar.

Als Steinmeier und seine Begleiter zum Maidan zurückkehrten, um den Etappensieg westlicher Politik zu verkünden, interpretierten Swoboda-Chef Tjagnibok und Führungsmitglieder vom Rechten Sektor, die schon über längere Zeit von CIA-Spezialisten „betreut“

---

11 Der Spiegel, 50/2013

12 [www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik)

13 [www.focus.de>Politik>AUSLAND](http://www.focus.de>Politik>AUSLAND)

wurden, die gegen Janukowitsch durchgesetzten Forderungen als Signal für den Aufbruch. Es wurden weitere Gebäude besetzt. Der Marsch zum Präsidentensitz folgte. Janukowitsch, der um sein Leben fürchtete, ergriff die Flucht. Der „Regime Change“ lief. Im Staatsstreich wurde, ohne über die von der Verfassung vorgeschriebene Mindestzahl an Stimmen zu verfügen, von schnell zusammengerufenen Parlamentsabgeordneten die gewählte und international anerkannte Regierung gestürzt und eine Putschisten Regierung installiert. Der Parlamentspräsident war vorher krankenhaushausreif geschlagen worden.

Die Zusammensetzung der Übergangsregierung stand schon fest. Jazenjuk wurde Chef einer „Übergangsregierung. Frau Nuland hatte schon 14 Tage zuvor in einem Telefongespräch erklärt: „Yaz (Jazenjuk) ist unser Mann. Er ist derjenige, der Erfahrung mit der Wirtschaft hat und mit dem Regieren.“ (14) Jazenjuk war aber mehr für die USA. Seine schnell gelöschte Webseite hatte ihn als Politiker ausgewiesen, der über seine Stiftung „Open Ukraine Foundation“ mit US-amerikanischen und NATO-Institutionen vernetzt ist. Eng verbunden ist er mit dem US-Außenministerium, mit US-amerikanischen Stiftungen und Konzernen, darunter Rockefeller. Als Verfechter eines NATO-Beitritts seines Landes hatte er sich besonders 2008 gemeinsam mit Timoschenko für den Beitritt engagiert. Er ist mit der NATO, speziell mit ihrem „Information and Documentation Centre“, verbunden. Mitglieder der alten Regierung wurden in die „Übergangsregierung“ nicht aufgenommen.

Die EU erreichte, dass unmittelbar nach dem Putsch der politische Teil des Assoziierungsabkommens, das auch die Integration in die militärischen Strukturen der EU einschließt, unterzeichnet wurde.

Der US-amerikanische Friedensrat hatte angesichts der Mächtigkeiten von westlich gelenkten und finanzierten Stiftungen und NGO'S frühzeitig vor einem Staatsstreich in der Ukraine gewarnt. Er verwies auf bekannte Praktiken der CIA: „Das CIA-Szenario wurde viele Male gegeben - im Iran 1953, in Chile 1973, in Tahiti 1991 und 2004, in Jugoslawien in den 90er Jahren, in Honduras 2009, in Libyen, in Ägypten, Syrien, Venezuela und in vielen anderen

Staaten...Die CIA stachelt ‚demokratische‘ Aufstände an, bezahlt Verbrecher, um Gewalt anzuwenden.“ (15)

Aufschlussreich war die am 26. Februar 2014, also unmittelbar nach dem Putsch, in einigen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, die den „Regisseur“ des „Regime Change“ beim Namen nennt: „Im Auftrag Obamas hat sich US-Vizepräsident Biden in den vergangenen Monaten mit großem Engagement in die Krise im östlichen Europa eingemischt.“ (16) Paul Craig Roberts, Staatssekretär unter Reagan, befand: „Die ganze Welt weiß, dass Washington die rechtmäßig gewählte ukrainische Regierung gestürzt hat...“ Der US-Analysedienst „Stratfor“ schätzte ein, dass „der vom Westen unterstützte Aufstand“ und die von ihm installierte Regierung „eine fundamentale Bedrohung von Russlands nationalen Sicherheitsinteressen“ bedeuteten. (17)

## **Faschisten im Sattel**

Die rechtsextremistischen Akteure vom Maidan wurden wie selbstverständlich an der Bildung des Putschistenkabinetts beteiligt. Sie besetzen vier wichtige Positionen – die des Vizepremiers, die des Vorsitzenden des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates“, die des Ministers für Jugend und Sport, die des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt sowie die des Generalstaatsanwalts. Sie bestimmen nun maßgeblich die Geschicke des Landes mit. Dazu gehören zunächst die Aufhebung des Verbots faschistischer Propaganda, die Annullierung der Zulassung der russischen Sprache als Amtssprache, die Forderung des Verbots der Kommunistischen Partei der Ukraine, die Militarisierung des Landes, u.a. durch Bildung einer 60.000 Mann starken Nationalgarde, in der sich die „Selbstverteidigungsgruppen“ vom Maidan, Leute von Svoboda und vom „Rechten Sektor“ etablieren. Svoboda-Mitglieder sehen die Stunde gekommen, um den vor Jahren von ihrem Chef Tjagnibok verlautbarten Appell in die Tat umzusetzen: „Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“ (18) Das politische Klima im Lande

---

15 [www.pwlasow.blogspot/2014/03/ukraine-alarm-des-us-friedensrats.html](http://www.pwlasow.blogspot/2014/03/ukraine-alarm-des-us-friedensrats.html)

16 Berliner Zeitung, 26. Februar 2014

17 Junge Welt, 15./16. November 2014

18 Berliner Zeitung, 10. März 2014



wurde angeheizt. Radikalnationalistische, antirussische und faschistische Kräfte gaben den Ton an. Sie ermunterten deren Gefolgsleute zu demokratiefeindlichen Exzessen. Die Swoboda-Partei rühmte sich, die Tradition der faschistischen OUN zu pflegen. Die hatte in den 1940er Jahren an der Seite der Hitler-Wehrmacht Zehntausende Juden und Polen gemeuchelt. Swoboda-Anhänger und andere Rechtsextremisten überfielen und brandschatzten Büros der KP. Medien werden gleichgeschaltet. Journalisten, die demokratische Positionen vertreten, wurden kurzerhand aus den Redaktionen entfernt.

Die Regisseure des „Regime Change“ traten demonstrativ an die Seite der Putschisten. Anfang März besuchte US-Außenminister Kerry den Maidan und erteilte dem neuen Regime die Weihe.

Als im Osten des Landes die Menschen befürchteten, ihrer Rechte hinsichtlich der russischen Sprache beraubt zu werden, als ethnische „Säuberung“ im Lande drohte, als die umfangreichen historisch gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland von den Kiewer Machthabern in Frage gestellt wurden, erklärten Selbstverteidigungskräfte in Massenkundgebungen, ihre Lebensrechte zu verteidigen. Das Kiewer Regime begann den Bürgerkrieg gegen die Bevölkerung der Ost-Ukraine.

In dieser Situation traf in der ersten April-Hälfte CIA-Chef Brennan in Kiew ein. Für Obama ist er der „Mann, der an allen Fronten kämpfen kann.“ Wenige Tage danach wurde der „Anti-Terror-Einsatz“ bedeutend verstärkt. Brennan, so viel wurde offiziell bekannt, sagte Kiew „politische Unterstützung“ zu. An der von der Kiewer Junta geschaffenen Front wurden Panzer, Schützenpanzerwagen, Kampfflugzeuge und Hubschrauber eingesetzt.

Ende April erschien der US-Vize-Präsident in der ukrainischen Hauptstadt. Der Mann, dessen „großes Engagement“ beim „Regime Change“ Obama gelobt hatte. Er bestärkte die Putschisten, den anhaltenden Protesten in der Ostukraine auch mit Gewalt zu begegnen, da sonst „die Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft“ untergraben würden. Die „Verteidigung der Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine, die Wiederherstellung ihrer Ehre und ihres Stolzes“ wurden schwülstig beschworen. Das Springer-Blatt „Die Welt“ hatte noch in einer seiner Aufmachungen nach der Installation des mit Faschisten durchgesetztem Putschistenregimes einer gewissen Verwunderung Ausdruck verliehen: „Nationalistische

Antisemiten regieren in Kiew mit. Mit Prügel, Judenhass, Ausländerhass.“ (19)

Anfang Mai, kam es in Odessa zu einer schrecklichen Bluttat. Rechtsextreme Schlägergruppen überfielen ein Zeltlager von Gegner der Kiewer Junta. Die Überfallenen, die in das nahegelegene Gewerkschaftshaus flüchteten, wurden in diesem Gebäude blockiert. Das Untergeschoß wurde in Brand gesteckt. Die Widerständler wurden bei lebendigem Leibe verbrannt oder ersticken. Mehr als 40 Personen wurden Opfer dieses Massakers. Kurze Zeit später kamen bei einem ähnlichen Überfall auf Andersdenkende wiederum viele Menschen ums Leben.

Mit dem Staatsstreich waren die faschistischen Kräfte in Kiew salonfähig gemacht worden. Doch nun vollzogen westliche Politiker und Medien insofern eine Kehrtwende, als sie die aktive Rolle von Faschisten beim Putsch und im Kiewer Putschistenregime in Abrede stellten. In der BRD war vom Auswärtigen Amt zu hören, dass es sich bei Swoboda „um eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, aber um keine faschistische“ handle. Die „Heinrich Böll“-Stiftung beteuerte, beim Putsch in Kiew habe es sich um einen „demokratischen Vorgang“ gehandelt. Die deutsche Bundesregierung gab den Bundestagsabgeordneten ein Richtlinien-Papier zur „richtigen“ Bewertung der Vorgänge in der Ukraine. Einen Staatsstreich habe es gar nicht gegeben. Janukowitsch sei doch „geflohen“. Die Beteiligung von Rechtsextremisten wurde offen geleugnet.

Am 18. März 2014 hatte Präsident Putin zu den Vorgängen in der Ukraine Stellung genommen. Zu den Protesten gegen die Politik der Janukowitsch-Regierung und dem Putsch führte er u.a. aus: „Ich kann die gut verstehen, die unter friedlichen Losungen auf den Maidan gingen, um gegen Korruption, ineffiziente Staatsführung und Armut zu protestieren. Das Recht auf friedliche Proteste, auf demokratische Prozesse und Wahlen existiert ja gerade dazu, um eine Regierung abzuwählen, die den Menschen missfällt. Aber jene, die hinter den jüngsten Ereignissen in der Ukraine standen, verfolgen andere Ziele: Sie bereiteten einen Staatsstreich vor, wollten die Macht ergreifen und machten vor nichts Halt. Es kam zu Schießereien und Terror, zu Morden und Pogromen. Die Hauptak-

teure des Umsturzes waren Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten. Sie bestimmen in vieler Hinsicht bis heute das Leben in der Ukraine.“ (20)

Nach den Präsidentenwahlen und der Neukonstituierung der Regierung waren faschistische Funktionsträger mit neuen Funktionen und Aufgaben in den Strukturen des Staates betraut worden. Einige hatten auch Parlamentssitze errungen. Einen Schwerpunkt ihrer Umtriebe bildeten jetzt die bewaffneten Verbände. Das sind die rechten Bataillone „Asow“, „Dnepr“ und „Donbass“. „Asow“ untersteht direkt dem Innenministerium. „Dnepr“ wird als Privatarmee von Oligarchen ausgewiesen. Der US-Nachrichtenwebseite Fox.com zufolge sitzen die Anführer der Bataillone in Schlüsselpositionen der sogenannten Sicherheitsministerien und -behörden. (21)

Insgesamt gibt es über 30 „Freiwilligenverbände“ der Rechtsextremen. Einzelne der Verbände verzeichnen Zulauf von Faschisten aus Ländern wie Frankreich, Norwegen, Schweden, Griechenland, Italien, Kroatien, der Slowakei, Belarusland und Russland.

Die Chefs von 13 „Freiwilligenbataillonen“ haben einen eigenen Führungsstab geschaffen. Mitglieder sind die Chefs des „Rechten Sektors“, Jarosch und der Chef des Bataillons „Donbass“, Semjontschenko. Jarosch erklärte auf einer Kommandeurs-Tagung der „Freiwilligenbataillone“, es gebe keinen Waffenstillstand und keinen Frieden mit den Russen.

Tatsächlich waren bisherige Waffenstillstandsvereinbarungen immer wieder von diesen Bataillonen verletzt worden. Sie praktizieren überhaupt eine verbrecherische Kriegsführung. Wohngebiete, Krankenhäuser, Heiz- und Wasserwerke in Städten der Ostukraine werden unter Beschuss genommen. Das Friedensabkommen Minsk II wird von den faschistischen Führern als Verrat und Ausverkauf an die Russen durch Poroschenko abgelehnt. (22)

Die Haltung der Führungskräfte der Bataillone und anderen Verbände wird befeuert durch eine Verlautbarung des Ministerpräsidenten Jazenjuk. Auf der Webseite der Regierung wurde verkündet, den Frieden garantierten keine Verträge und Papiere, sondern die

---

20 Berliner Zeitung, 19. März 2014

21 Junge Welt, 24. Februar 2015

22 Junge Welt, 24. Februar 2015

erhöhte Kampfbereitschaft der ukrainischen Armee. (23)

Die Führer der bewaffneten faschistischen Verbände denken allerdings weiter. Der Krieg soll nach dem Sieg über die „russischen Aggressoren“ nach Kiew getragen werden. Im Sinne der „Vervollständigung der nationalen Revolution“, die eine von Moskau und den „westlichen Zentren des Globalismus“ unabhängige „nationalistische Ukraine“ hervorbringen soll. (24)

### **Die Krim bleibt russisch**

Eine bürgerlich-faschistische Regierung war in Kiew installiert worden. Faschistische Umtriebe und antirussische Provokationen gehörten zum politischen Alltag. Im Programm der Faschisten stand die Errichtung eines „reinrassigen Staates.“ Die mehrheitlich russische Bevölkerung der Krim war verunsichert.

1954 hatte Chruschtschow, gebürtiger Ukrainer, die Krim, die jahrhundertlang zum zaristischen Reich gehört hatte, an die Ukraine „verschenkt“. Das machte seinerzeit keine Probleme, denn die Ukraine war ja eine der Unionsrepubliken der Sowjetunion. Das änderte sich nach dem Zerfall der UdSSR vor allem für die Krim. Hier war die sowjetische Schwarzmeerflotte stationiert. 1992 erklärte sich die Krim für unabhängig. Kiew billigte diese Erklärung nicht, ging jedoch einen Kompromiss ein – die Krim erhielt den Status einer autonomen Republik.

Unmittelbar nach dem Staatsstreich in Kiew äußerten Jazenjuk und andere führende Putschisten-Führer, der NATO beitreten zu wollen. Jazenjuk hatte sich schon 2008 dafür aktiv eingesetzt. Putin erklärte deshalb nach einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates direkt nach dem auch von Faschisten durchgeführten Putsch: „Wir müssen beginnen, die Krim zurück zu Russland zu holen.“ (25) Und Putin weiter: „Die Situation in der Ukraine hat sich in einer Weise gedreht, dass wir gezwungen sind, die Arbeit für die Rückholung der Krim in den Bestand Russlands zu beginnen, weil wir dieses Territorium und die Menschen, die dort leben, nicht der Willkür des Schicksals, der Walze der Nationalisten überlassen können.“ (26)

---

23 Junge Welt, 14./15. Februar 2015

24 Junge Welt, 6./7. September 2014

25 Junge Welt, 17. März 2015

26 [www.sueddeutsche.de/politik/putin-zur-krim-annexion](http://www.sueddeutsche.de/politik/putin-zur-krim-annexion), Junge Welt, 17. 3.2015

Was die russische Schwarzmeerflotte betrifft, so galt ein mit Kiew abgeschlossener Pachtvertrag bis 2017. 2008, als die Aufnahme der Ukraine in die NATO zur Debatte gestanden hatte, drohte Juschtschenko den Pachtvertrag nicht zu verlängern. Nach dem Putsch in Kiew hätte es einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gar nicht bedurft. Bekanntlich schließt der politische Teil des von den Kiewer Putschisten unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU die Integration in deren militärische Strukturen ein. Das hätte weitgehende strategische Probleme für die russische Schwarzmeerflotte geschaffen. Kiew hätte die Häfen der Krim blockieren können. Die Basis der Schwarzmeerflotte wäre bestenfalls zeitweilig zu einer Enklave auf NATO-Gebiet geworden.

Die mit dem Staatsstreich in der Ukraine entstandene explosive politische Lage veranlasste Krim-Premier Aksjonow, Russland um Hilfe zu ersuchen, um Frieden und Sicherheit der Menschen auf dem Territorium der Autonomen Republik zu gewährleisten.

Angesichts dieser Entwicklung beschloss am 2. März das Parlament der autonomen Republik Krim ein Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation. Mehr als 91 Prozent stimmten für den Beitritt. Von den 2,3 Millionen Einwohnern der Krim sind 1,5 Millionen Russen. Am 18. März wurde der Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Republik Krim über die Eingliederung in die Föderation unterzeichnet. Nach Aufnahme der Krim in die Russische Föderation überschlugen sich in Washington, Berlin, in EU und NATO-Zentrale Proteste und Anfeindungen gegen Russland. Einen Tag nach dem Referendum auf der Krim verhängten USA und EU Sanktionen gegen Russland. Moskau wurde aus dem Kreis der G-8-Staaten ausgeschlossen. Obama lud zu einem Sondertreffen der G-7-Runde nach London ein. Der für Juni geplante EU-Russland-Gipfel wurde abgesagt. US-Außenminister Kerry drohte, wenn Moskau nicht „größte Zurückhaltung“ übe, sei das „Ende der Diplomatie“ gekommen. BRD-Kanzlerin Merkel setzte nach: „Das Vorgehen auf der Krim ist eine Annexion, die man Russland nicht durchgehen lassen kann.“ Gespielte Empörung wurde am lautesten von jenen vorgetragen, die tatsächliche Völkerrechtsbrüche en masse und blutige Interventionskriege begangen oder gerechtfertigt haben – gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Iran, Syrien, um nur einige zu nennen. Russlands Präsident Wladimir Putin nahm in einer Rede am 18. März 2014 zu der Aufnahme der Krim in die Russi-

sche Föderation Stellung. Er verwies zunächst darauf, dass Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten in vieler Hinsicht das Leben in der Ukraine bestimmten. „Was hören wir jedoch jetzt von unseren Kollegen in Westeuropa und aus Nordamerika? Sie sagen uns, wir brächen die Normen des Völkerrechts.

**Erstens** ist es gut, dass sie sich daran erinnern, dass es das Völkerrecht gibt, und – Dank dafür, lieber spät als niemals.

Und **zweitens** und am wichtigsten: Was sollen wir verletzt haben? Ja; der Präsident der Russischen Föderation erhielt vom Oberhaus des Parlaments das Recht, bewaffnete Kräfte in der Ukraine einzusetzen. Aber dieses Recht hat er bis jetzt nicht genutzt. Bewaffnete Kräfte Russlands sind nicht in die Krim einmarschiert. Sie waren dort schon und befanden sich dort in Übereinstimmung mit einem völkerrechtlichen Vertrag. Ja, wir haben unsere Gruppierung dort verstärkt, aber überschritten nicht die festgelegte Zahl – ich möchte das unterstreichen, damit es alle hören und wissen – unserer bewaffneten Kräfte auf der Krim, die auf 25.000 Menschen festgelegt ist, dafür gab es einfach keine Notwendigkeit...

Ich ziehe mich nicht gern auf Zitate zurück, kann mich aber nicht enthalten, einem offiziellen Dokument noch eine Passage zu entnehmen, diesmal aus einem Memorandum der USA vom 17. April 2009, das eben diesem Internationalen Gerichtshof zur Kosovo-Anhörung übergeben wurde. Ich zitiere erneut: ‚Unabhängigkeitserklärungen können, so oft es auch geschieht, die innere Gesetzgebung verletzen. Das bedeutet aber nicht, dass damit eine Verletzung des Völkerrechts geschieht.‘ Ende des Zitats...Warum ist das, was Albanern im Kosovo (und wir verhalten uns ihnen gegenüber mit Respekt) möglich ist, Russen, Ukrainern und Krimtataren auf der Krim verboten?“ (27)

Putin hat später erklärt, wenn Russland auf der Krim nicht rechtzeitig eingeschritten wäre, hätte es dort ein ähnliches Chaos wie im Raum Donezk und Lugansk gegeben. „Wir haben eine solche Tragödie abgewendet.“ (28)

Paul Craig Roberts, Staatssekretär unter Reagan sagte: “Wenn Washington Bomben wirft und in 13 Jahren ohne Kriegserklärung in sieben Länder einfällt, dann ist das keine Aggression. Eine Ag-

---

27 Junge Welt, 19. März 2014

28 Junge Welt, 24./25. Mai 2014

gression findet erst dann statt, wenn Russland die mit 97 Prozent der Stimmen zustande gekommene Petition der Krim zur Wiedervereinigung mit Russland annimmt.“ (29)

Der Publizist Jürgen Todenhöfer, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, antwortete in einem Interview auf die Behauptung des „Handelsblattes“, die USA hätten sich „nie fremdes Territorium einverleibt“: „Nie? Sie haben sich nach 1845 Texas, Kalifornien, New Mexiko, Arizona, Nevada, Utah, Teile von Kansas, Colorado, Wyoming, Hawaii und Puerto Rico einverleibt.“ Todenhöfer bezeichnete die kürzlich gehaltene Rede Obamas in Brüssel als die „zynischste Rede“, die er jemals von einem US-Präsidenten gehört habe. „Er behauptete“, so Todenhöfer, „der Krieg gegen den Irak sei weniger schlimm gewesen als die Annexion der Krim durch Russland. Schließlich hätten die USA den Irak ja wieder zurückgegeben. Obama hat dabei unterschlagen, dass im Irak mehr als eine halbe Million Iraker getötet wurden und das Land seither traumatisiert ist.“ (30) An anderer Stelle stellte Todenhöfer über den Annexionismus der USA fest: „Die marschierten in den letzten 100 Jahren über ein Dutzend Mal in andere Länder ein, nachdem das jeweilige ‚Volk‘ sie darum gebeten hatte – das oft nur aus einer Handvoll gut bezahlter Agenten bestand.“ (31)

## **Widerstand gegen volksfeindliches Regime**

Mit dem Staatsstreich in Kiew, mit der Machtergreifung von Oligarchen und Faschisten, mit dem von dieser Junta eingeschlagenen antirussischen Kurs und den faschistischen Umtrieben wuchsen in der Ost-Ukraine Empörung und Widerstand. Mitte April 2014 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Kiew dämonisierte den ostukrainischen Widerstand als Terrorismus und eröffnete den Anti-Terror-Kampf, der zum Bürgerkrieg eskalierte.

Die langjährige ARD-Korrespondentin Krone-Schmalz konstatiert: „Nach Beginn der ‚Antiterror-Operation‘ fällt es nicht wenigen in den betroffenen Gebieten im Osten des Landes schwer, sich einen Verbleib in der Ukraine vorzustellen, und diejenigen mit familiären Beziehungen zu Russland setzen ohnehin alle Hoffnung auf den

---

29 Junge Welt, 1. Oktober 2014

30 Handelsblatt, 3. April 2014

31 Todenhöfer, Facebook

Schutz durch den ‚Bruderstaat‘.“ (32) Zum Verständnis der von den Selbstschutzkräften ausgerufenen „Volksrepublik Donezk“ bzw. der „Volksrepublik Lugansk“ vermerkt sie:“, dass sich darin „für die einen ein selbständiger Staat, für die anderen eine autonome Provinz innerhalb der Ukraine“ ausdrücke. (33) Und sie fügte hinzu: „Nach Beginn der ‚Antiterror-Operation‘ fällt es nicht wenigen in den betroffenen Gebieten im Osten des Landes schwer, sich einen Verbleib in der Ukraine vorzustellen, und diejenigen mit familiären Beziehungen zu Russland setzen ohnehin alle Hoffnung auf den Schutz durch den ‚Bruderstaat‘“. (34)

Nach den Wahlen Ende Mai 2014 erreichte die bewaffnete Gewalt gegen die Autonomie-Bewegung eine neue Stufe. Poroschenko, kaum im Amt, forderte, die Anti-Terror-Operation“ müsse schneller und effektiver erfolgen. Die Operation „kann und wird nicht zwei bis drei Monate dauern. Sie soll und wird Stunden dauern“, (35) so Poroschenko.

Was die Bewaffnung der sich im Bürgerkrieg gegenüberstehenden Seite angeht, so sind die Kiewer Verbände durch westliche „Berater“ laufend verstärkt worden. Krone-Schmalz sprach von bis zu 180 US-amerikanischen Militärberatern. (36) German Foreign Policy zufolge schicken „NATO-Staaten...mehrere hundert Militärberater in die Ukraine; umfangreiche Lieferungen von Kriegsgerät an Kiew werden fortgesetzt.“ (37) Die von Faschisten geführten Brigaden erhalten weiterhin von ausländischen Gesinnungsfreunden Zulauf. Waffenlieferungen an die ukrainische Armee erfolgten aus den USA und aus osteuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten.

Die Selbstschutzkräfte in der Ost-Ukraine bestehen, nach Darstellung der von Russophobie geleiteten westlichen Konzernmedien, wesentlich aus russischen Truppenteilen, die mit schweren Waffen aus den Beständen der russischen Armee ausgerüstet seien.

Kiew, hatte den USA Fotos über die angebliche Präsenz russischer Truppen in der Ost-Ukraine vorgelegt. Die Fotos stammten, wie sich dann erwies, aus dem Jahr 2008, aus Georgien. Poroschenko

---

32 Krone-Schmalz, Russland verstehen, a.a.O., S. 141

33 ebenda, S. 140

34 ebenda, S. 141

35 Berliner Zeitung, 28./29. Mai 2014

36 Krone-Schmalz, Russland verstehen, a.a.O., S. 141

37 German Foreign Policy, 14. März 2015



verlangte den „Abzug ausländischer Truppen, die bei uns nichts zu suchen haben.“ Spitzenleistungen vollbrachte in dieser Beziehung der NATO-Oberbefehlshaber in Europa. „Immer wieder verkündet Breedlove Ungenauigkeiten, Widersprüchliches, sogar Unwahrheiten“, kommt „Der Spiegel“ nicht umhin festzustellen. (38)

Im Einzelnen: „Am 18. November sagte er in einem Interview mit der ‚FAZ‘, es gebe ‚reguläre Einheiten der russischen Armee im Osten der Ukraine‘. Einen Tag später sagte er Stern.de, es handele sich doch nicht um Kampfverbände, sondern vor allem um Ausbilder und Berater.“ „Am 12. November berichtete Breedlove, man habe in den letzten Tagen russische Militärkolonnen, ‚vor allem Panzer, Artillerie, Luftabwehrsysteme und Kampfgruppen in die Ukraine einrücken sehen“, ganz so wie es „die OSZE berichte.“ Doch „die OSZE hatte nur Militärkonvois innerhalb der Ostukraine beobachtet; von aus Russland einmarschierenden Kampfgruppen war keine Rede gewesen.“ (39) Und Breedlove ist Oberkommandierender der NATO-Oberbefehlshaber in Europa!

Die Bewaffnung der den Kiewer Verbänden Widerstand leistenden Selbstschutzkräfte erfolgte zunächst aus den Arsenalen der Kiewer Armee in der Ost-Ukraine. Weitere Ausrüstungen brachten Überläufer mit, die zu Beginn des Bürgerkrieges die Seiten wechselten. Infolge von Einkesselungen gingen nicht unbeträchtliche Waffenbestände in die Hände der Widerständler über. Und es wäre unverständlich, wenn nicht auch das „Bruderland“ im überschaubaren Maße Unterstützung gegeben hätte. Was auch auf Freiwillige zutrifft, die dem Internationalismus nicht abgeschworen haben. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich an die Taten ihrer Väter im Vaterländischen Krieg gegen den Hitler-Faschismus erinnerten. Oder an die internationalen antifaschistischen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg.

## **Ringens um politische Lösung**

Die Regierung der Russischen Föderation ist seit Beginn der Ukraine-Krise um eine Deeskalation des von den Machthabern in Kiew geführten Bürgerkrieges und um Sicherheit für alle Bürger des Nachbarlandes bemüht.

---

38 Der Spiegel, 11/2015

39 ebenda

Das war auch Sinn und Ziel der russischen Teilnahme an der im April 2014 in Genf durchgeführten Konferenz zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Die Konferenz einigte sich darauf, dass alle Seiten Gewalt, Einschüchterung oder provokative Handlungen unterlassen. Die Teilnehmer verurteilten alle Formen von Extremismus, Rassismus und religiöser Intoleranz, einschließlich Antisemitismus. Alle illegalen bewaffneten Gruppen sollten entwaffnet werden, alle illegal besetzten Gebäude ihren legitimen Eigentümern zurückgegeben werden. Alle illegal besetzten Straßen, Plätze oder andere öffentliche Flächen in den ukrainischen Städten und Gemeinden sollten geräumt werden.“ Eine Mission der OSZE sollte die Realisierung dieser Vereinbarungen kontrollieren.

Russlands Außenminister Lawrow erklärte, in der Ukraine solle „ein Dialog über eine Verfassungsreform unter Teilnahme von Vertretern aller Regionen“ beginnen. Darauf, auf den Dialog, auf die Notwendigkeit, die Krise von den Ukrainern selbst beizulegen, hat die russische Seite stets hohen Wert gelegt. Im Grunde war diese Orientierung auch das wichtigste Ergebnis der Genfer Konferenz.

Die westlichen Politiker und Massenmedien sowie ihre Kiewer Hilfswilligen dachten jedoch nicht daran, die Genfer Vereinbarungen zu verwirklichen. Immer neue Forderungen wurden ausgerechnet an Moskau gerichtet, in der Ukraine für Deeskalation zu sorgen.

Die russische Seite hat nach der Konferenz und in den darauf folgenden Monaten immer wieder einen Waffenstillstand gefordert. Kiew intensivierte - entgegen der Genfer Verpflichtung „jede Form von Gewalt zu unterlassen“ - den Bürgerkrieg gegen die Bewegung für Autonomie und Selbstbestimmung in der Ost-Ukraine.

Moskau hat wiederholt die Durchführung von „Runden Tischen“ unter Beteiligung von Vertretern der Widerstandsbewegung aus der Ost-Ukraine vorgeschlagen. Kiew lehnte deren Teilnahme kategorisch ab. Russland forderte die Einrichtung eines „Fluchtkorridors“ für Bewohner der Ost-Ukraine. Kiew lehnte ab. Die Zahl der getöteten Zivilisten erhöhte sich weiter.

Obama und führende Politiker der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten operierten verstärkt mit antirussischen Verleumdungen. Weitere Sanktionen gegen Russland wurden angekündigt und verhängt. Die Lüge einer „russischen Bedrohung“ der Ukraine, ja Europas, eskalierte zu regelrechter Kriegshysterie. USA, Bundes-

regierung und Kiew setzen ihren kontraproduktiven, krisenverschärfenden Kurs nach Genf fort.

Anfang Mai 2014 führten Präsident Putin und der Schweizer Präsident Buchwalter in seiner Eigenschaft als OSZE-Vorsitzender ein Gespräch über die Beilegung des Ukraine-Konflikts, die Verwirklichung der Genfer Vereinbarung und die Rolle der OSZE. Buchwalter schlug zur Regulierung der Krise in der Ukraine u.a. vor: "Wir sind überzeugt, dass, wenn die von der Obersten Rada Koalition (?) ihre Verantwortung begreift und eine konstruktive Position zum Nutzen eines echten, achtungsvollen, gleichberechtigten Gesprächs mit dem Süd-Osten der Ukraine bezieht, wird die Initiative des schweizerischen Vorstandes der OSZE über die Förderung eines allgemein-nationalen Dialogs Erfolg haben... Das alarmierende aber ist – die Führung des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine erklärt unnachgiebig: Unabhängig von allem wird die ‚Antiterroroperation‘ im Süd-Osten fortgesetzt." In dem Gespräch wurde die Übereinstimmung der russischen Seite mit den OSZE-Vorschlägen festgestellt.

In einem Gespräch, das Merkel und Putin am 19. Juli 2014 führten, waren sich beide „einig, dass es rasch ein direktes Treffen der Kontaktgruppe mit den Separatisten geben müsse, um einen Waffenstillstand zu vereinbaren.“ (40)

Anfang September 2014 präsentierte Putin einen Sieben-Punkte-Friedensplan. Um nur einige Punkte zu nennen: Stopp der Offensivinsätze der ukrainischen Armee und der Aufständischen; Abzug der ukrainischen Truppen aus den umkämpften Städten, um den weiteren Beschuss der Zivilbevölkerung auszuschließen; Überwachung der Waffenruhe durch internationale Beobachter und Einrichtung von Sicherheitszonen; kein Einsatz von Kampffjets gegen die Zivilbevölkerung. Der Friedensplan wurde von Kiew nicht zur Kenntnis genommen.

Nach einem Treffen zwischen Putin und Poroschenko wurde in Minsk ein 12-Punkte-Abkommen beschlossen. Darin waren u.a. festgelegt: Einrichtung einer entmilitarisierten Pufferzone; Beiderseits kein Einsatz schwerer Waffen; Waffenruhe an den Fronten; Gewährung von Autonomie an die Gebiete Lugansk und Donezk.

Wie nach der Genfer Konferenz wurde durch neue Kampfhandlungen der ukrainischen Armee, Minsk I (wie die Vereinbarung später hieß), verletzt, also gegenstandslos.

Der russische Außenminister Lawrow nahm auf der 69.UNO-Generalversammlung zur Entwicklung in der Ukraine Stellung. Er führte u.a. aus: "Russland ist aufrichtig an der Wiederherstellung des Friedens im Nachbarland interessiert, und das müssen alle wissen, die wenigstens ein bisschen über die Geschichte der tiefgehenden brüderlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern Bescheid wissen. Der Weg für eine politische Lösung ist bekannt: Noch im April dieses Jahres verpflichtete sich Kiew in der Genfer Erklärung Russlands, der Ukraine, der USA und der EU zum unverzüglichen Beginn eines breiten gesamtationalen Dialogs unter Teilnahme aller Regionen und politischen Kräfte mit dem Ziel einer Verfassungsreform. Die Umsetzung dieser Verpflichtung würde allen Ukrainern ermöglichen, eine Übereinkunft darüber zu treffen, wie man in Entsprechung mit den eigenen Traditionen und der eigenen Kultur leben kann, und würde es der Ukraine ermöglichen, zu der für sie organischen Rolle zurückzukehren, was zweifellos die Beibehaltung und Achtung ihres blockfreien, neutralen Status durch alle voraussetzt. Wir sind überzeugt, dass bei gutem Willen und bei Ablehnung der Unterstützung der ‚Kriegspartei‘ in Kiew, welche das ukrainische Volk in den Abgrund einer nationalen Katastrophe zu stürzen versucht, ein Ausweg aus der Kreise durchaus erreichbar ist.

Der Weg zu ihrer Überwindung wurde geöffnet durch die Erreichung eines Waffenstillstandsabkommens im Südosten der Ukraine auf Basis der Initiative der Präsidenten Petro Poroschenko und Wladimir Putin. Unter Teilnahme von Vertretern Kiews, Donezks, Lugansks, der OSZE und Russlands wurden praktische Maßnahmen zur konsequenten Verwirklichung dieser Vereinbarungen ausgearbeitet, darunter die Trennung der Konfliktparteien, der Abzug von schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte und der Volksmilizen und die Einrichtung eines Monitorings durch die OSZE: Russland ist bereit, weiterhin aktiv bei der Weiterentwicklung der Beilegung zu helfen, und zwar sowohl im Rahmen des Minsker Prozesses, der sich gut bewährt hat, als auch in anderen Formaten. Aber es muss völlig klar sein, dass wir das für den Frieden, die Ruhe und das Wohlergehen des ukrainischen Volkes tun, und nicht,

um irgendjemandes Ambitionen entgegenzukommen. Absolut ohne Zukunft sind Versuche, auf Russland Druck auszuüben und es zur Aufgabe seiner Werte, von Wahrheit und Gerechtigkeit zu zwingen.“ (41)

Am 18. November berichtete Lawrow über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem deutschen Außenminister Steinmeier. U.a. legte er dar: „Wir sind der Ansicht, dass der nächste unerlässliche Schritt nach Beendigung jeglicher feindlicher Handlungen die gemeinsame Arbeit zur Herstellung von wirtschaftlichen und politischen Verbindungen sein muss, wie das im Minsker Protokoll vorgesehen ist, in welchem von der Notwendigkeit eines nationalen und politischen Dialogs zwischen den Parteien gesprochen wird. Vergessen wir nicht, dass im April dieses Jahres in Genf eine Erklärung angenommen wurde, in deren Rahmen sich die ukrainische Regierung verpflichtete, unverzüglich mit einem Verfassungsprozess unter Teilnahme aller Regionen und politischen Kräfte des Landes zu beginnen. Jetzt ist die wichtigste Aufgabe die Fortsetzung eines nachhaltigen direkten Dialogs Kiews mit Donezk und Lugansk im Kontext der abgehaltenen Wahlen in der Ukraine und auf dem ukrainischen Territorium, welches die Donezker und Luganzker Vertreter kontrollieren. Die Russische Föderation wird weiterhin die Schaffung von günstigen Bedingungen für die Herstellung eines nachhaltigen direkten Dialogs unterstützen.“ (42)

Anfang Dezember 2014 trug Putin in Moskau die „Botschaft an die Föderale Versammlung“ vor. Er setzte sich darin u.a. mit der forciert betriebenen Politik der Einkreisung und Eindämmung Russlands durch die NATO sowie der fortgesetzten, von den USA unterstützten Militarisierung in der Ukraine auseinander. „Die legitimen Interessen aller Beteiligten am internationalen Austausch“, so Putin, „sind mit Respekt zu behandeln. Nur dann werden nicht Kanonen und Raketen oder Kampfflugzeuge, sondern Normen des Rechts die Welt sicher vor blutigen Konflikten bewahren.“ (43)

Die von Lawrow erwähnte „Kriegspartei“ in Kiew, die sich weiterhin über die Vereinbarungen von Minsk I hinwegsetzte, meldete sich Anfang Februar 2015 zu Wort: Der Kiewer Außenminister

---

41 [www.russische-botschaft.de/einzelansicht-news](http://www.russische-botschaft.de/einzelansicht-news)

42 [www.fit4russland.com/interviews](http://www.fit4russland.com/interviews)

43 Junge Welt, 6./7. Dezember 2014

Klimkin betonte, seine Regierung bestehe weiter auf westlichen Waffenlieferungen. „Wir brauchen Waffen, um Frieden zu schaffen“, so Klimkin. Sie seien erforderlich, um die „prorussischen Terroristen“ erfolgreich zurückschlagen zu können und den „Preis für Russland zu erhöhen“ (44) Eine Position, die eine politische Lösung ausschließt.

Am 12. Februar 2015 kam es - nach Vereinbarung eines Waffenstillstandes - zu andauernden Kämpfen um die strategisch wichtige Stadt Debaltsevo in der Ostukraine. Eine gefährliche Situation, die von den USA und der NATO bewusst angeheizt wurde.

Russland brachte daraufhin eine UN-Resolution ein, die die Konfliktparteien zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk I aufforderte. Die USA und England wandten sich zunächst gegen die Resolution, da sie, wie sie meinten, die Minsker Verhandlungsergebnisse infrage stellen könnte! Der UN-Sicherheitsrat trat kurzfristig zusammen. Die Resolution wurde schließlich angenommen und wurde damit Völkerrecht. Die Verpflichtung der Konfliktparteien in der Ukraine zur Einhaltung des erneut zustande gekommenen Waffenstandes wurde bestärkt.

In Minsk kam es in dieser äußerst angespannten Lage zu einem Treffen von Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin. Nach langen Verhandlungen wurde vereinbart: Waffenruhe ab 15. Februar; ab 17. Februar Abzug der schweren Waffen durch beide Seiten; Einrichtung einer Pufferzone; Überwachung der Maßnahmen durch die OSZE. Die Vereinbarungen wurden auch von Vertretern der beiden „Volksrepubliken“ in der Ostukraine unterzeichnet.

In der Vorbereitungsphase der Minsker Verhandlungen hatte US-Vizepräsident Biden gegenüber Berlin und Paris „intern für Waffen für die Ukraine plädiert, ebenso Außenminister John Kerry. Längst gibt es ausgearbeitete Szenarien, wie die militärische Hilfe aussehen könnte.“ (45) Die USA-Administration hatte auf eine militärische Lösung der Ukraine-Krise gesetzt, was die Spannungen auf unserem Kontinent gefährlich verschärfen und den Frieden aufs Äußerste bedrohen musste.

---

44 Die Zeit, 12. Februar 2015

45 Der Spiegel, 8/2015

Am 27. Februar äußerte Lawrow in der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums u.a.: “Nach dem Erreichen der neuen Vereinbarungen am 12. Februar in Minsk entstand eine reale Chance auf die Einstellung des sinnlosen Blutvergießens und das Erreichen des nationalen Friedens und Einvernehmens. Wir sind davon überzeugt: Falls die in der Resolution des UN-Sicherheitsrates festgeschriebenen Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden, wird sich die Situation allmählich normalisieren...Es ist wichtig, dass auch andere Vereinbarungen, darunter die Lösung der akuten humanitären Probleme, die Durchführung der Verfassungsreform, bei der die legitimen Rechte und Interessen der Einwohner des Donezbecken gesichert werden sollen, gemäß dem festgeschriebenen Terminplan erfolgen sollen. Für die Nicht-Zulassung der Spaltung der Ukraine, die Aufrechterhaltung der Atmosphäre des Vertrauens und der Stabilität im Europäischen Raum ist es notwendig, dass Kiew seinen blockfreien Statuts behalten muss.“ (46)

## Provokative Akte

Zum Metier westlicher Geheimdienste gehört auch die Provokation. Wenn dann noch bei der Abwicklung antidemokratische, ja, faschistische Elemente als Akteure dienstbar sind, kann mitunter Perfektion erreicht werden. Nicht wenige Anschläge dieser Kräfte sind uns aus der Geschichte bekannt. Nicht wenige sind bis heute unaufgeklärt. Im Ukraine-Konflikt muss davon ausgegangen werden, dass die CIA bei so manchen Scheußlichkeiten ihre Hände im Spiel hatte. Die schon erwähnten Warnungen des US-Friedensrates sprechen für sich.

Drei Beispiele aus der Geschichte des Ukraine-Konflikts.

- **Schüsse auf dem Maidan**

Am Vorabend des Staatsstreichs vom 20. Februar 2014 gab es auf dem Maidan eine Schießerei. Auf beiden Seiten der Barrikaden wurden mehr als 50 Menschen getötet.

Die Putschisten wussten sofort, wo die Schuldigen zu finden seien: Vertreter des russischen Geheimdienstes seien am Werk gewesen, hieß es. Oder – Agenten einer „dritten Kraft“.

### **Die Fakten sprechen eine andere Sprache.**

In einem Telefongespräch zwischen der damaligen EU-Außenbeauftragten Ashton und dem damaligen estnischen Außenminister berichtete letzterer, dass die leitende Ärztin des Kiewer Rettungsdienstes, Olga Bogomolez, ihm mitgeteilt habe, in den Leichnamen von Opfern beider Seiten seien gleichartige Projektile gefunden worden. Später wollte sie diese Fakten nicht zu Protokoll geben. Sie wolle in die Politik überwechseln, verlautetete.

Einige Tage nach dem Blutbad recherchierte ein Team des WDR-Fernsehmagazins „Monitor“ auf dem Maidan. Nachgewiesen wurde, dass - der Rekonstruktion der Schusskanäle an einigen Bäumen zufolge - aus dem Rücken der gegen das Regierungsviertel vorgehenden Demonstranten geschossen worden sein musste. Und schließlich: Das Hotel „Ukraina“, aus dem geschossen wurde, war schon seit Monaten in der Hand des Euromaidan.

Die Putschisten-Regierung konnte keine eigenen Untersuchungsergebnisse vorlegen. Eine internationale Untersuchung wurde von Kiew verhindert. Der für die Klärung verantwortliche Generalstaatsanwalt der Putschistenregierung war ein Vertreter der faschistischen Swoboda-Partei.

- **Abschuss einer Passagiermaschine**

Am 17. Juli 2014 wurde über der Ostukraine die malaysische Passagiermaschine MH-17 abgeschossen. 298 Menschen kamen dabei zu Tode. Der Abschuss erfolgte unmittelbar vor einer geplanten Videokonferenz zwischen Vertretern Kiews, der Selbstschutzkräfte, Russlands und der OSZE. Eine Chance für Entspannung der angespannten Lage schien gegeben. Sofort nach dem Abschuss setzte eine antirussische Kampagne in westlichen Medien ein, die den schon Monate andauernden Propagandakrieg gegen Moskau ergänzte. Wiederum standen die Schuldigen für den Abschuss direkt fest: Putin, Russland, die Separatisten! „Bild“ titelte: „Wann stoppt die Welt endlich Putin? Die Todesrakete kam aus Russland.“ „Der Spiegel“ setzte nach: „Stoppt Putin jetzt!“ US-Außenminister Kerry dazu: Es sei „ziemlich klar, dass das eingesetzte Abschuss-System von Russland in die Hände der Separatisten gelangt“ sei. Poroschenko verlangte „Schutz vor dem Aggressor Russland“. Schließlich macht die US-Regierung Russland verantwortlich. Die USA und in ihrem Gefolge die EU verhängten weitere Sanktionen gegen Russland.



Veröffentlicht wurde von Kiew ein Bild von einer vermeintlich russischen BUK-Batterie, von der die Raketen gegen die MH-17 abgefeuert worden seien. Das Bild musste zurückgezogen werden. Es erwies sich als Fälschung. Es war im Hinterland der ukrainischen Armee und nicht im Gebiet der Aufständischen aufgenommen worden.

Nun stellte sich heraus, dass die Aufzeichnungen der letzten 15 Minuten der Kommunikation vor dem Abschuss der Maschine zwischen MH-17-Cockpit und ukrainischer Bodenkontrolle verschwunden waren. Sie waren von dem von Faschisten geführten Geheimdienst der Putschistenregierung beschlagnahmt worden.

Der langjährige Lufthansa-Flugkapitän Peter Haisenko nahm als Fachmann der Luftfahrt die Bilder der Wrackteile der MH-17 unter die Lupe. Sein Urteil: Das Cockpit zeigt Spuren von Beschuss. Man kann Ein- und Eintrittslöcher sehen. Alle Wrackteile der Sektionen hinter dem Cockpit sind weitgehend unversehrt. Dieses Flugzeug, so sein Urteil, wurde nicht von einer Rakete in der Mitte getroffen. Die Zerstörung beschränkt sich auf den Cockpit-Bereich. Das Cockpit der MH 17 ist von zwei Seiten beschossen worden: Ein- und Austrittslöcher auf derselben Seite. Einschusslöcher an der Außenhaut. Die Maschine war Maschinengewehr-Feuer ausgesetzt worden.

Weiter wurde nachgewiesen, dass sich zwei ukrainische Kampffjets zur Zeit des Abschusses im fragten Luftraum befunden hatten. Die der malaysischen Regierung nahestehende „New Straits Times“ schrieb am 4. September 2014, dass Jagdflugzeuge der ukrainischen Luftwaffe die MH-17 mit einer Luft-Luft-Rakete und anschließend mit Bordmaschinenkanonen abgeschossen haben.

Die Bundesregierung antwortete auf eine entsprechende Frage der Linksfraktion, die im fraglichen Luftraum eingesetzten AWACS-Überwachungsflugzeuge der NATO hätten gerade in dem entscheidenden Moment nichts aufzeichnen können!

Unerklärt blieb bis heute, warum die MH-17 auf Anweisung der ukrainischen Flugkontrolleure etwa 200 km von der üblichen Flugroute abgewichen ist.

Ein spezielles Kapitel stellt die Untersuchung der Wrackteile der abgestürzten Maschinen durch zuständige Behörden dar. Die holländische Untersuchungskommission sprach wiederholt von Behinderungen beim Zugang zum Unglücksort.

Die langjährige ARD-Korrespondentin, Krone-Schmalz, schrieb: „Chronologisch erzählt sieht die Sache folgendermaßen aus: Als unabhängige Beobachter und Experten der OSZE ab dem 20. Juli schließlich relativ frei sich auf der Absturzstelle bewegen konnten, äußerte sich ein Sprecher der Gruppe vor Fernsehkameras etwa so: ‚Wir konnten uns unbehindert bewegen.‘ Da zwischenzeitlich die sogenannte Antiterror-Operation gegen die Separatisten in der Ostukraine in vollem Gange ist, lässt Kiew verlauten, im Umkreis von vierzig Kilometern um die Unglücksstelle herum würden solange keine Kampfhandlungen stattfinden, wie die Bergung der Leichen und die Inspektion der Trümmerteile andauert. Die Separatisten ihrerseits sagen einen sicheren Korridor zur Absturzstelle zu. Dann ändert sich die Lage. Das ukrainische Militär greift trotz der gemachten Zusagen an. Die Separatisten sind von dieser neuen Entwicklung sichtlich überrascht.“ (47) Ein Beispiel des Kiewer Handelns, das für viele steht.

Die holländische Behörde „Onderzoeksraad“, die den Absturz der MH-17 untersucht, erklärte: Es muss in den nächsten Monaten noch viel untersucht werden.“ Ein abschließendes Urteil sei erst im Sommer 2015 zu erwarten. Der vorläufige Bericht lässt entscheidende Fragen ungeklärt. So wird keinerlei Hinweis darauf gegeben, welcher Art Geschosse die Passagiermaschine getroffen haben.

Die US-Administration hatte lauthals angekündigt, „überzeugende Beweise über die Schuldigen“ des Abschusses der Passagiermaschine vorzulegen. Vorgelegt wurde kein einziger Beleg. Der russische Außenminister Lawrow sagte in einem Interview: „Russland ist das einzige Land, das der internationalen Gemeinschaft offizielle Daten vorgelegt hat, die es durch seine Satellitenüberwachung über diesen Vorfall gewonnen hat. Andere müssen noch die Beweise beisteuern, über die sie verfügen.“

- **Die Bluttat von Odessa**

Am 2. Mai 2014 geschah in Odessa ein furchtbares Massaker. Anlässlich eines Fußballspiels marschierten Hooligans und Angehörige des Rechten Sektors unter der Losung „Für die Einheit der Ukraine“ durch die Stadt.. Bis zu 300 Mitglieder des Rechten Sektors waren „mit der Bahn und in Bussen aus verschiedenen Städten nach

---

47 Krone-Schmalz, Russland verstehen, a.a.O., S.136/37

Odessa geschafft“ worden, erklärte die ukrainische linke Gruppe „Borotka“. Ausgerüstet mit Helmen, Schildern, Schusswaffen und Molotowcocktails und Schusswaffen marschierten sie nicht zum Stadion, sondern begannen „Gegner der Kiewer Junta“, die sich ihnen entgegenstellten, zu terrorisieren. Die Junta-Gegner ziehen sich zu einem seit Tagen bestehenden Zeltlager zurück, Die Rechts-extremisten stürmen es und stecken es in Brand. Die Überfallenen suchen daraufhin Sicherheit im nahegelegenen Gewerkschaftshaus. „In ihrem Versuch, die Bürger von Odessa ‚fertigzumachen‘, setzten die Ultrarechten das Erdgeschoß des Gewerkschaftshauses in Brand. Das Feuer breitete sich rasch aus,“ erklärt „Borotka“. Zahlreiche Widerständler werden in dem Gebäude lebendig verbrannt. Weitere ersticken an den Rauchgasen. Andere, die aus Fenstern springen, werden von dem faschistischen Mob getötet oder zu Krüppeln geschlagen. 46 Opfer und 214 Verletzte wurden gezählt. (48) Die Polizei hatte nicht eingegriffen.

Der russische Außenminister Lawrow erklärte: „Seit vielen Jahren setzt man sich in Europa darüber hinweg, wie diese Ideologie neue Anhänger gewinnt, wie ihre Propagandisten Märsche zu Ehren ehemaliger SS-Schergen organisieren, die vom Nürnberger Tribunal als Verbrecher anerkannt wurden. Das aber, was jetzt vor sich geht, sind nicht mehr bloß Märsche mit Losungen, mit denen Naziverbrecher glorifiziert werden, das ist bereits Faschismus pur.“ (49)

Wenige Tage nach dem Massaker in Odessa wurde auch in Mariupol ein Mordanschlag gegen Aufständische verübt, die das Polizeipräsidium der Stadt besetzt hatten. Wie nach dem Odessaer Szenarium wurde ein Gebäude in Brand gesteckt. Wieder starben in den Flammen Menschen. Bis zu 30 Tote wurden gezählt. Der „Innenminister“ der Kiewer Junta sprach von „20 Terroristen“, die „liquidiert“ worden seien. (50)

### **Konfrontationskurs verstärkt**

In diesen Jahren gibt es in der Welt so viele kriegführende Staaten wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Gegenwärtig wüten 30 bewaffnete Konflikte auf drei Kontinenten. Der An-

---

48 Junge Welt, 3. Mai 2014

49 Junge Welt, 8. Mai 2014

50 Junge Welt, 10./11. Mai 2014

spruch des USA-Imperialismus auf Führung der Welt, sein Macht- und Hegemoniestreben destabilisiert ganze Regionen. Die UNO, vor 70 Jahren gegründet, um Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen, ist von den USA und der NATO an den Rand gedrängt. Und mit ihr das Völkerrecht und das Gewaltmonopol der UNO. Globalisierung des militärischen Interventionismus ist zur Begleiterscheinung des Lebens der Völker geworden.

Afghanistan, der Irak, Libyen, Syrien, der Jemen, Somalia, und der Sudan sind von der Blutspur US-amerikanischen Vorherrschaftstrebens gezeichnet. In Europa wurde mit dem von den USA - mit Unterstützung von Faschisten - durchgesetzten „Regime Change“ in der Ukraine ein neuer, äußerst gefährlicher Spannungsherd geschaffen. Das große Land soll Frontstaat gegen Russland werden.

Es war eingangs darauf hingewiesen worden, dass der US-Imperialismus das Ziel verfolgt, Eurasien zu beherrschen, als „Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Herrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“

Mitte März hat Stratfor-Chef Friedman sich darüber geäußert, wie die USA Eurasien beherrschen könnten. Er sagt: „Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Europa zu okkupieren...Die USA können nicht überall in Eurasien intervenieren.“ Aber, so meint er, man könne wie im schmutzigen US-Krieg gegen Vietnam oder im achtjährigen Krieg zwischen Iran und dem Irak auch in Europa - gemeint sind die Ukraine und Russland - beide aufeinanderhetzen. Also einen Stellvertreterkrieg inszenieren. Er plädiert dafür, „politisch, finanziell, militärisch... und mit US-Beratern“ Unterstützung zu gewähren, was ja für Kiew durch die USA bereits erfolgt. Und Friedman rechnet schon aus: „Wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass er (die NATO) nur 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer entfernt sein wird.“ (51) Da solch ein Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen wäre, wird das russophobe Feindbild seit dem Putsch in Kiew weiter ausgeprägt. Eine regelrechte Kriegspropaganda wurde entfacht. Sie basiert auf der Jahrhundertlüge einer Bedrohung aus dem Osten.

---

51 [www.dasgelbeforum.net/mix-entry](http://www.dasgelbeforum.net/mix-entry)

- **Jahrhundertlüge aktiviert**

Die Bedrohungslüge war als antisowjetische Mär vor fast einhundert Jahren von 14 imperialistischen Mächten gegen die junge Sowjetmacht ins Feld geführt worden, um die Intervention zu rechtfertigen. Die Lüge wurde von Rechtskonservativen in westlichen Ländern und in der Weimarer Republik gepredigt. Hitler und die faschistische Bewegung griffen sie auf. Die Nazis an der Macht benutzten sie für ihren Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. In der BRD diente sie der Adenauer-Regierung dazu, den Widerstand gegen die Remilitarisierung des Landes zu brechen. Die USA-Administrationen strapazierte sie im Kalten Krieg, unter anderem zum Entfachen des Wettrüstens.

Rassistischer Russenhass und Bedrohungslüge haben in der von USA, NATO und EU verursachten Ukraine-Krise wiederum Hochkonjunktur. Militärische Sicherungsmaßnahmen Russlands und die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation werden von den Westmächten und ihren Kiewer „Hilfswilligen“ zum Anlass genommen, mit einer Flut antirussischer Verleumdungen Völkerverhetzung zu betreiben. Politiker und Massenmedien entwickelten eine Dauerkampagne, in der bekannte Stereotype belebt und übelste Ressentiments aktiviert werden. Führende Politiker der USA, der EU und der NATO-Mitgliedsstaaten bezichtigen Russland, es bedrohe nicht nur die EU, sondern die ganze Welt. Der Russenhass wurde auf das russische Staatsoberhaupt Wladimir Putin konzentriert. Er wurde mit Hitler verglichen und als „größenwahnsinniger Tyrann“ verketzert. Die gegen ihn gerichtete Hassorgie schloss Morddrohungen ein. Politiker und Massenmedien distanzieren sich nicht von Timoschenkos Hassausbruch. Putin wurde unterstellt, er führe einen „unerklärten Krieg“. Kiews Regierungschef Jazenjuk, der gegen das eigene Volk Krieg führt, schrie in die Welt hinaus: „Russland will den Dritten Weltkrieg.“ (52) Ja, er verstieg sich sogar, pathologisch von Hass besessen, die unter großen Opfern von der Roten Armee erkämpfte Befreiung unseres Volkes von Faschismus und Krieg als „Anmarsch auf Deutschland“, also als Aggressionsakt, zu verleumden. (53)

---

52 [www.focus.de/ukraine-im-news-ticker-jazenjuk-russland-will](http://www.focus.de/ukraine-im-news-ticker-jazenjuk-russland-will)

53 Junge Welt, 10./11. Januar 2015

Systematisch geschürte Kriegshysterie rief Ängste in der internationalen Öffentlichkeit hervor. Sie soll die NATO-Expansion als „Verteidigungserfordernis“ ausgeben.

US-Vizepräsident Biden beschwor angesichts einer angeblichen „russischen Bedrohung“ den „Ernstfall“, nämlich die Beistandsverpflichtung aus Artikel fünf des NATO-Vertrages. US-Stratege Brzezinski forderte Vorbereitungen für ein Eingreifen der NATO. Kerry drohte, wenn Russland nicht „große Zurückhaltung“ übe, sei das Ende der Diplomatie gekommen. US-Stabschef Demsey erklärte die Bereitschaft der USA militärisch zu reagieren, wenn ihre NATO-Verbündeten darum ersuchten. Die Chancen einer eventuellen US-Intervention würden gegenwärtig „neu eingeschätzt“.

- **Neue Stufe der Konfrontation**

Die gegen Russland gerichtete Einkreisungspolitik der USA ist nach dem Kalten Krieg ohne Unterbrechung fortgesetzt worden. Die von USA und NATO betriebene Militarisierung Osteuropas, die sich an den Grenzen Russlands abspielt, hat einen bedrohlichen Höhepunkt erreicht. In den USA wurde am 1. Mai 2014, unmittelbar nach dem Putsch in der Ukraine, der Entwurf für ein „Gesetz zur Verhinderung einer russischen Aggression“ in den Senat eingebracht. Es erhielt am 4. Dezember 2014 mit der Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus Gesetzeskraft. Obama wurde dadurch bevollmächtigt, die Unterstützung der Streitkräfte Polens, Estlands, Litauens und Lettlands und anderer NATO-Mitglieder zu planen und umzusetzen. So wurde der ständige Vertreter der USA bei der NATO angewiesen, für die ständige Stationierung von NATO-Kräften in diesen Ländern zu sorgen. Vom Präsidenten wird außerdem erwartet, dass er dem Kongress einen Plan für die Beschleunigung des Aufbaus der NATO-Raketenabwehr vorlegt.

Der kanadische Wirtschaftswissenschaftler Michel Chossudovsky, Träger des Menschenrechtspreises unserer GBM, konstatiert, dass wesentliche Aspekte des Gesetzes „bereits umgesetzt (worden sind). Mitte Juli (2014) forderte der NATO-Oberbefehlshaber für Europa General Philip Breedlove in Abstimmung mit dem Pentagon und dem britischen Verteidigungsminister“ „einen Stützpunkt mit ausreichend Waffen, Munition und anderen Militärgütern auszustatten, damit von dort aus ein schneller Einsatz von tausenden

Soldaten gegen Russland möglich ist.“ (54) Breedloves »Blitzkriegszenario«, so Chossudovsky, „das sehr leicht zu einer militärischen Eskalation führen könnte, wurde auf dem NATO-Gipfel im September 2014 in Wales verabschiedet. Ein sogenannter NATO-Aktionsplan, der sich gegen die Russische Föderation richtet, wurde dort ebenfalls beschlossen. Das Gesetz gebe, so Chossudowsky, „praktisch ‚grünes Licht‘ für den amerikanischen Präsidenten und Oberkommandierenden der Streitkräfte, ohne weitere Zustimmung des Kongresses in einen Prozess der militärischen Konfrontation mit Russland einzutreten.“ (55)

„Die Vereinigten Staaten, die bereits Rüstungsgüter im Wert von rund 120 Millionen US-Dollar in das Land (Ukraine) geliefert haben, stellen Kiew jetzt weiteres Gerät im Wert von rund 75 Millionen US-Dollar zur Verfügung...Großbritannien hat angekündigt, 75 Militärberater zu entsenden, die Infanterietruppen ausbilden und zusätzlich zur medizinischen Versorgung auch die Logistik und die Spionage des ukrainischen Militärs auf Vordermann bringen sollen. Ebenfalls zu Ausbildungszwecken werden mehrere hundert US-Soldaten in der Westukraine erwartet. Wie es heißt, sind neben US-amerikanischen auch NATO-Militärberater in der Ukraine im Einsatz, darunter ein deutscher Offizier.“ (56)

In den Monaten nach dem NATO-Gipfel wurden in den baltischen Staaten, in Polen und in Rumänien zusätzliche Hauptquartiere, weitere acht ständige Stützpunkte und zwei Führungszentren mit Logistikexperten eingerichtet. Die Stützpunkte sollen die „Speerspitze“ der „Schnellen Eingreiftruppe“ aufnehmen, die unter deutscher Führung aufgebaut wird. Großmanöver im Baltikum in Grenznähe zu Russland, im Schwarzen Meer, in Polen und jenseits des Polarkreises werden durchgeführt. In Estland beteiligten sich zum Unabhängigkeitstag 100 NATO-Soldaten an einer Parade. In voller Kampfmontur marschierten sie dann provokativ wenige Meter vor einem russischen Grenzposten auf. (57)

---

54 RT, 24. Juli 2014

55 [www.kopp-verlag.de/hintergruende/geodstrategie/pro-michel-chossudowsky](http://www.kopp-verlag.de/hintergruende/geodstrategie/pro-michel-chossudowsky)

56 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 2015

57 German Foreign Policy, 27. Februar 2015

Der deutsche NATO-Oberbefehlshaber für Nord- und Osteuropa Domröse verlangt: „Die NATO muss sich fit machen für eine mögliche Kriegführung im 21. Jahrhundert.“ (58)

Der Ukraine-Konflikt wird auch dadurch angeheizt, dass Poroschenko, Jazenjuk und der Rechte Sektor die Minsk II-Vereinbarung mit ihren Machenschaften unterlaufen und damit sabotieren. „Das Parlament modifizierte auf Antrag Poroschenkos ein Gesetz zum Sonderstatus des Donbass, das nicht nur in Russland und unter den prorussischen Rebellen Empörung auslöste. Auch nach Ansicht vieler ukrainischer Beobachter lässt das Gesetz jede Kompromissbereitschaft vermissen“, schreibt die „Berliner Zeitung“. (59) „Die Rada hat für den Krieg gestimmt“, schreibt die ukrainische Oppositionszeitung ‚West‘ (60) Entgegen Minsk-II seien Festlegungen über den Sonderstatus in der Ostukraine getroffen worden. Der russische Außenminister Lawrow wird mit den Worten zitiert:“ Das ist der Versuch, buchstäblich alles auf den Kopf zu stellen, was wir vereinbart haben.“ (61) Nicht genug damit – der ukrainische Parlamentspräsident Groisman unterzeichnete eine Verordnung, der zufolge die Regionen Lugansk und Donezk zu „okkupierten“ Gebieten erklärt werden, die nach jüngsten Beschlüssen „befreit“ werden müssten. (62)

Poroschenko deutet unmissverständlich an, mit welchen Mitteln dies geschehen soll: Die Ukraine hat mit 13 Staaten Verträge über Waffenlieferungen abgeschlossen, verkündete er in Kiew. (63) Da ausgerechnet auch Saudi-Arabien zu den Lieferanten gehört, darf angenommen werden, dass auch von Deutschland gelieferte Waffen darunter sind.

Minsk II, das auf eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts zielt, wird von Kiew wie ein Fetzen Papier behandelt.

- **Wirtschaftskrieg zum Ausbluten**

Für die US-Strategen ergibt sich ein Problem: Wird die EU, wird Deutschland Washingtons Kurs, der den Frieden in Europa infrage

---

58 Junge Welt, 9. November 2014

59 Süddeutsche Zeitung, 16. März 2015

60 ebenda

61 ebenda

62 Junge Welt, 24. März 2015

63 Deutschlandfunk, 24. März 2015



stellt, mitmachen? Washington hat mit Unbehagen das Engagement Deutschlands und Frankreichs beim Zustandekommen von Minsk II verfolgt. Die USA sind bekanntlich nicht Partner der Vereinbarungen und folglich nicht an diese gebunden. Berlin und Paris handelten einerseits in Sorge um den Frieden auf unserem Kontinent. Andererseits erweisen sie sich als getreue NATO-Mitglieder, die das Vorrücken des Interventionsbündnisses an die russische Grenze mit tragen. Einerseits will die EU und will ihre Führungsmacht Deutschland Russland als Wirtschaftspartner nicht abschreiben. Andererseits befolgen sie immer wieder die Aufforderungen Washingtons, immer neue Sanktionen gegen Russland zu erlassen oder bisherige zu verlängern.

Die US-Rating Agentur „Standard & Poors wollte in diesem Wirtschaftskrieg nicht nachstehen und stufte die Kreditwürdigkeit Russlands auf Ramschstatus.

Die US-Administration begründet ihren Konfrontationskurs auf wirtschaftlichem Gebiet mit der „Invasion“ Russlands und mit Verstößen gegen vereinbarte Waffenruhen. So wurde jede Verletzung der Minsk-Vereinbarungen mit neuen Sanktionen beantwortet. Die Verstöße wurden, wie sich später herausstellte, vorwiegend von den Freiwilligenbataillonen begangen. Der „Rechte Sektor“ hatte ausdrücklich erklärt, er erkenne Minsk nicht an und fühle sich an Vereinbarungen nicht gebunden. Die EU verkündete trotzdem auch ihrerseits neue Sanktionen gegen Russland. Sie wurde wiederholt dazu von Washington aufgefordert. Der EU-Ratspräsident Tusk gab dieses Disziplinierungsverfahren so wieder: „Obama war eindeutig: Verlängert die Sanktionen, das ist genug, um uns zu zeigen, dass wir noch zusammen gehen in diesem Konflikt.“ (64)

Im Februar, nach der Minsk II-Vereinbarung, erklärte US-Außenminister Kerry: „Wir meinen es ernst: Es wird weitere Maßnahmen geben, und das werden Maßnahmen sein, die der ohnehin schon unter Druck geratenen russischen Wirtschaft zusätzliche Schmerzen bereiten.“ Und Kerry weiter: „Es gibt eine ernsthafte Diskussion zwischen uns und unseren europäischen Verbündeten, welche Sanktionen wir als nächstes auf den Weg bringen wollen und wann diese in Kraft treten sollen. Ich bin zuversichtlich, dass es

zusätzliche Maßnahmen als Antwort auf die verschiedenen Verletzungen des Waffenstillstandes geben wird.“ (65)

Weitere Sanktionen sind Kerry zufolge bereits programmiert.

Nicht zuletzt soll mit derartigen Schritten zwischen Deutschland und Russland und schließlich zwischen EU und Russland ein zerstörerischer Keil getrieben werden. Außer einem Stellvertreterkrieg will Washington auch gegen geoökonomische Ziele des deutschen Kapitals einen Schlag führen. Stratfor-Chef Friedman erläutert: „Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen. Die Deutschen wissen selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen...Für die Vereinigten Staaten ist das Hauptziel zu verhindern, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoffressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden...Also, wie kann man das erreichen, dass diese Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, mit ihrer Karte diese Kombination zu schlagen: Das ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer.“ (66)

Friedman weist auf eine Karte von Zentraleuropa. Die USA bauen einen Gürtel aus antirussischen Staaten auf, um Deutschland und Russland voneinander abzuschneiden. Der Eiserne Vorhang, ein Symbol des Kalten Krieges, soll wieder herabgelassen werden.

Obamas Konfrontationskurs ist unberechenbar. In seiner Rede zur Nation führte er u.a. aus: „Wir haben uns der Aggression Russlands entgegengestellt, die Demokratie in der Ukraine gestützt und unsere NATO-Verbündeten bestärkt. Wir sind einig mit unseren Verbündeten, während Russland mit seiner Wirtschaft in Scherben liegt und isoliert ist. So führt Amerika nicht mit Getöse, aber mit anhaltender, stetiger Entschlossenheit.“ (67)

## **Am Scheideweg**

Der US-Imperialismus beansprucht die Herrschaft über Eurasien. Russland erweist sich beim Ausbau der Ukraine zur Rollbahn als ernstes Hindernis. Mögliche andere Überlegungen von NATO-Mitgliedern wie Deutschland oder Frankreich werden ignoriert.

---

65 [www.rtdeutsch.com/headline/usa-verlangen-totalen-wirtschaftskrieg](http://www.rtdeutsch.com/headline/usa-verlangen-totalen-wirtschaftskrieg)

66 [www.dasgelbeforum.net/mix-entry](http://www.dasgelbeforum.net/mix-entry)

67 [www.politonline.ch/content](http://www.politonline.ch/content)

Was schert Obama Minsk II. „Was in der Ukraine geschieht, wird nicht in Europa entschieden, sondern in Washington“, stellt Ex-Botschafter Kornblum bei Jauch klar. (68)

Die abenteuerliche Politik des US-Imperialismus und seiner Kiewer Handlanger hat eine gefährliche Brisanz erzeugt. Sie hat gegenüber der Zeit der Systemkonfrontation eine neue Qualität erreicht. Damals verlief die Scheidelinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag an den westlichen Außengrenzen der sozialistischen Staaten. Heute operieren NATO-Verbände bereits in den baltischen Staaten und damit auf dem Territorium der früheren Sowjetunion. In der Ukraine und in Georgien verfügen sie auf ehemals sowjetischem Hoheitsgebiet über verbündete Staaten und führen dort Kriegsbungen durch. Im ostukrainischen Bürgerkrieg kämpfen faschistische Bataillone an der Seite des Westens gegen Russland. Für Moskau handelt es sich militärisch gesehen um Kämpfe an seiner letzten Verteidigungslinie, die es um jeden Preis sichern muss, will es seine staatliche Souveränität nicht vollends preisgeben. (69)

Die provokativen Machenschaften der USA und ihrer neuen Gefolgsleute in Kiew sind kein Spiel mit dem Feuer, sondern mit dem Großen Krieg. Wenn russische Interessen weiterhin so wie bisher ignoriert werden, dann sei „nicht völlig ausgeschlossen“, dass daraus noch „ein heißer Krieg wird“, (70) befindet Ex-Bundeskanzler Schmidt.

In einem Interview brachte Denis Wladimirowitsch Puschilin, stellvertretender Parlamentsvorsitzenden der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk seine Wertschätzung für das Engagement von Frau Merkel für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts zum Ausdruck. Er erklärte weiter: „Aber ob es zum Frieden auf unserem Gebiet kommt, hängt davon ab, ob sie in sich die Kraft und den Mut findet, sich vom amerikanischen Einfluss zu befreien. Sie wissen selbst ganz gut, dass es hier nicht um einen innerukrainischen Konflikt geht, sondern um eine geopolitische Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland... Wir sind nicht bereit zuzugestehen, dass auf dem Gebiet der Ukraine und auf unserem Territorium Stützpunkte der NATO entstehen.

---

68 [www.das-erste.ndr](http://www.das-erste.ndr) 8.Februar 2015

69 German Foreign Policy, 5. Februar 2015

70 German Foreign Policy, 15. März 2015

Wir haben nicht die Absicht, die Entfesselung eines wahrscheinlich großen Krieges zuzulassen. Sein Gespenst ist leider schon ziemlich nahegekommen.“ (71)

Der Präsident Russlands, Wladimir Putin, hat vor einiger Zeit die Staatsdoktrin seines Landes in die Worte gefasst: „Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land... Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel.“

**70 Jahre nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg und der Befreiung der Völker von faschistischer Barbarei stehen wir erneut an der Scheidelinie zwischen Krieg und Frieden. Der von den USA begonnene Aufmarsch gegen Russland, also gegen eine Atommacht, verlangt entschiedene Parteinahme für die Sicherung das Überleben, für die Sicherung des Friedens.**